



Elena Artioli
Die Abgeordnete Elena Artioli ruft den Landtag auf, sich klar zu den christlichen Wurzeln zu bekennen – und diese ins neue Statut aufzunehmen: Das Christentum sichere das friedliche Zusammenleben im Lande.
Von Matthias Kofler

Source: Neue Südtiroler Tageszeitung **Date:** 28.06.2017

Elenas Wurzeln

erstellt: 28. Juni 2017, 04:40 In: News | Kommentare : 0

Die Abgeordnete Elena Artioli ruft den Landtag auf, sich klar zu den christlichen Wurzeln zu bekennen – und diese ins neue Statut aufzunehmen: Das Christentum sichere das friedliche Zusammenleben im Lande.

Von Matthias Kofler

Elena Artioli hat sich den Appell des Bischofs zu Herzen genommen: Ivo Muser hatte vor ein paar Tagen in einem offenen Schreiben den Autonomie-Konvent aufgefordert, in die Präambel des Schlussdokuments die „christlich-abendländischen Werte“ aufzunehmen.

„Dies ist nicht nur deshalb wichtig, weil der christliche Glauben die Geschichte, die Kultur und die Identität unseres Landes zutiefst mitgeprägt hat und weiterhin prägt. Es wird damit auch die Bedeutung der Religion für das Zusammenleben der Menschen unterstrichen“, so Ivo Muser.

Mit einem Beschlussantrag will Elena Artioli nun sicherstellen, dass der Wunsch des Bischofs auch in die Tat umgesetzt wird. Darin fordert die Abgeordnete des A-Teams den Landtag auf, sich klar zu den „christlichen Wurzeln“ Südtirols zu bekennen.

In ihrem Antrag zitiert Artioli den französischen Historiker und Politiker Charles de Montalembert: „Die freie Kirche im freien Staat.“ Mit diesem bekannten Satz wollte der Laizist Montalembert vor gut 150 Jahren zum Ausdruck bringen, wie wichtig die Trennung von Kirche und Staat sei. Auch Elena Artioli ist überzeugt, dass die Säkularisierung unserer Gesellschaft geholfen habe. „Nur gibt es keine Zukunft ohne Geschichte, ohne Wurzeln der eigenen Identität – und es gibt keine Gesellschaft ohne gemeinsame Werte“, meint die Abgeordnete. In der deutschen und ladinischen Bevölkerung Südtirols sei die christliche Religion tief verwurzelt, genauso wie im restlichen Italien.

„Unsere Autonomie braucht Werte und Prinzipien, Sicherheit in der eigenen Identität und klare Bezugspunkte, vor allem im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen im Lande“, sagt Artioli. „Wenn wir im Respekt vor den anderen Religionen und angesichts eines extremen Laizismus jegliche öffentliche Repräsentanz des christlichen Glaubens aus der Öffentlichkeit beseitigen, gefährden wir dadurch unsere Grundwerte wie Liebe, Freiheit, Menschenwürde, Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit. Und wir gefährden das friedliche Zusammenleben.“

Die Kritik, dass mit einem Verweis auf die christlichen Werte die anderen im Lande lebenden Religionen ausgeschlossen werden, kann die Abgeordnete nicht nachvollziehen. Jeder könne weiterhin frei seine Religion praktizieren oder sich als Atheist erklären. „Es geht mir nur darum anzuerkennen, dass das Christentum die Geschichte dieses Landes geprägt hat“, so Artioli. Die christliche Religion verbinde die verschiedenen Ethnien, die im Lande lebten: „Ob christliche Südtiroler, christliche Altoatesini, christliche Ladinier, christliche Trentiner, christliche Venezianer, christliche Ghanaer, christliche Ukrainer, christliche Rumänen oder christliche Polen – der gemeinsame Nenner bleibt immer gleich“, so die A-Team-Politikerin.

Es ist davon auszugehen, dass der Antrag, den Konvent zur Aufnahme der christlichen Wurzeln in die Präambel aufzufordern, eine breite Mehrheit im Landtag finden wird. Nur die Grünen haben bislang Zweifel geäußert. Sven Knoll stellt sich hingegen klar hinter Artioli's Forderung: „Die von den Grünen verursachte Polemik um die Festschreibung der christlichen Wurzeln unseres Landes ist Ausdruck einer beschränkten Weltanschauung. Wer glaubt, dass die eigene Kultur anderen Menschen nicht zumutbar ist und daher gelehrt werden muss, hat nichts von Europa verstanden“, so der Abgeordnete der Südtiroler Freiheit.

Gerade im Hinblick auf eine zunehmende Isalisierung Europas sei es umso wichtiger, die Grundwerte des christlichen Europas zu unterstreichen, welches untrennbar mit der Wahrung der Menschenrechte verbunden sei.

„Nachdem den Grünen schon die Kreuze in den Klassenzimmern ein Dorn im Auge sind, soll nun auch noch die christliche Identität Tirols verleugnet werden. Angesichts dieser linksextremen Spinnereien zeigt sich, wie wichtig es ist, bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr eine zukünftige Regierungsbeteiligung der Grünen zu verhindern“, so Knoll.